

Arm trotz Arbeit

Das Jahr 2010 wurde von der Europäischen Union zum Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung erklärt. 2008 waren 78 Millionen Menschen in der EU von Armut bedroht. In Deutschland sind es 11,5 Millionen. Das ist ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. In Baden-Württemberg ist jeder Zehnte von Armut bedroht, das sind etwa 1,1 Millionen Menschen. Die Quote ist seit 2005 nahezu unverändert. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise dürften sich erst in den Daten für 2009 widerspiegeln. Arbeit gilt aus individueller, sozial- und volkswirtschaftlicher Perspektive als ein entscheidender Schlüssel zur Teilhabe. Doch wenn Arbeit billig wie Dreck wird und der Mensch zur Ware degradiert wird, schließt dieser Schlüssel nicht mehr. Angesichts einer stetigen Zunahme des Problems, dass Menschen „Arm trotz Arbeit“ sind und bleiben, klingt das Motto „Sozial ist was Arbeit schafft“ recht zynisch. Demgegenüber steht die Achtung der Würde des Menschen, als Gottes Ebenbild und die biblisch sozialetische Maßgabe, dass ein jeder arbeitende Mensch seines Lohnes wert ist. In seiner ersten Ausgabe der „Perspektiven“ des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, dem Fachdienst der Evangelischen Landeskirche in Württemberg an der Evangelischen Akademie Bad Boll, stellt der KDA das Thema „Arm trotz Arbeit“ in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen.

In Deutschland gibt es mittlerweile zwei Arbeitswelten. Sie existieren nebeneinander und sie driften weiter auseinander: Hier die sog. Normalarbeitsverhältnisse. Sie haben zwischen 1996 und 2008 um 7% abgenommen. Das sind 2,2 Mio. Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite ist im gleichen Zeitraum die Zahl der atypischen Arbeit um sage und schreibe 53 % gestiegen, das sind 3,4 Mio. Arbeitsplätze. Im vergleichbaren Zeitraum hat sich auch die Bezahlung nach Tarif signifikant verändert. Lag die Bezahlung nach Tariflohn 1998 noch bei 76%, so lag sie 2007 nur noch bei 63% (West). Im Osten ist sie von 63% auf 54% zurückgegangen.

Um Menschen in Arbeit zu bringen, wurden in den vergangenen Jahren die Zugangsmöglichkeiten deutlich abgesenkt. Anreize für Arbeitslose sollten geweckt werden, gering und schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Das bedeutete jedoch auch, dass Arbeitgeber dies als Anreiz verstanden haben, Arbeit zu verbilligen. Der Niedriglohnsektor ist sehr stark gewachsen. Vollzeitstel-

len sind weggefallen oder wurden aufgespalten. Dafür wuchs die Zahl der Teilzeitstellen, der Mini-, Midi- und der Ein-Euro-Jobs so wie der Leiharbeit.

Die sog. „neuen“ Arbeitsformen sind „atypisch“. Die Lebenslage und die Arbeitsbedingungen müssen als prekär bezeichnet werden. Ihre Zahl nimmt stetig zu, denn auch in der aktuellen vorsichtigen Aufschwungphase werden weitgehend nur atypische Stellen angeboten und besetzt. Das sog. deutsche Jobwunder und die vordergründig positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, auch in Baden-Württemberg, verdeckt den Blick auf die Schattenseiten.

Karin hatte sich gesagt: „Befristet ist besser als nichts“. Die Kolleginnen in der Firma waren auch nett. Es war eine Firma in der meist besser dotierten Metallbranche. Karin bekam mit 6 Euro die Stunde über 5 Euro weniger als die Festangestellten, obwohl sie die gleiche Tätigkeit ausführte. In der Pause war sie nie bei den anderen beim Kaffee trinken. Einer Kollegin hat sie erzählt,

dass sie ziemlich aufs Geld schauen müsse: Miete, Nebenkosten, das Auto, um überhaupt zur Arbeit kommen zu können. Arm trotz Arbeit. Und eines Tages war Karin plötzlich nicht mehr da. Der Leiharbeitsvertrag wurde entgegen wiederholten Versprechungen nicht in eine Festanstellung umgewandelt.

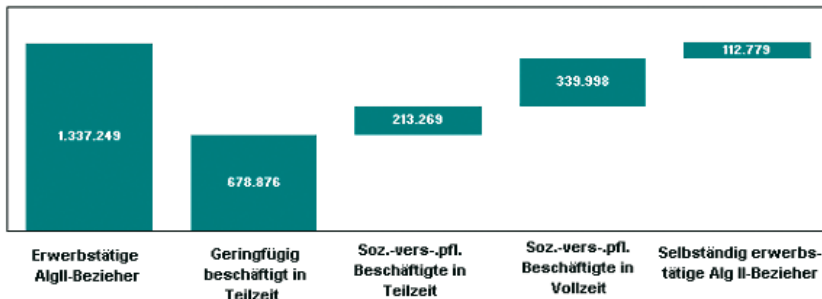


Fakten und Erfahrungen



700 000 Minijobber erhalten eine Aufstockung. Das sind fast 100 000 mehr als zwei Jahre zuvor, weil sog. Normalarbeitsverhältnisse in prekäre Arbeit umgewandelt wird. Denn im gleichen Zeitraum sank interessanterweise die Zahl derer, die trotz eines Vollzeitjobs staatliche Hilfe benötigen um knapp 50 000 auf rund 300 000.

Frau K. sollte für 400 Euro bei einem Discounter arbeiten. Die Auflage lautet: Flexibilität ist Voraussetzung. Halten Sie sich stets abrufbereit. Es können durchaus mal mehr Stunden werden – für 400 Euro. Wenn sie das nicht einrichten können, dann können wir sie nicht gebrauchen. Wie soll das gehen? Arbeiten, zur Verfügung stehen und von diesem Geld existieren?



Erwerbstätige Arbeitslosengeld II Bezieher in Deutschland Stand September 2009

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der Niedriglohnsektor boomt

Beinahe jeder vierte arbeitet im Niedriglohnsektor und verdient damit weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens. Für das Jahr 2007 sind das Bruttostundenlöhne von unter 9,62 Euro in West- und 7,18 Euro in Ostdeutschland. Auch die Zahl derjenigen, die zu extremen Niedriglöhnen von unter 5 Euro pro Stunde arbeiten, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Es sind mehr Menschen, als öffentlich bekannt gemacht und zugegeben wird.

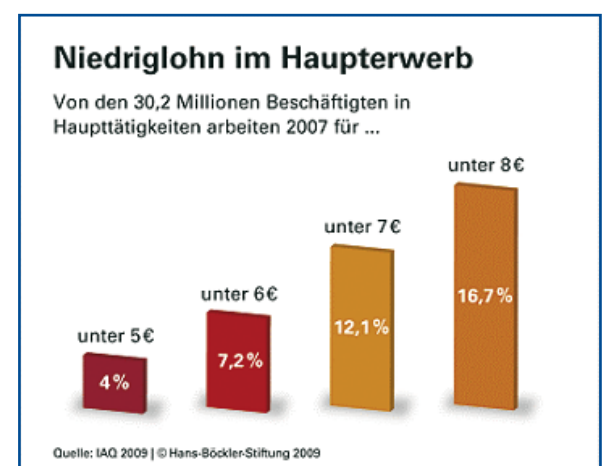
2009 haben in Deutschland rund 1,325 Millionen Beschäftigte staatliche Hilfe erhalten, weil sie von ihrem Lohn allein nicht leben konnten. Damit ist die Zahl der erwerbstätigen Arbeitslosengeld II Empfängerinnen, die trotz eines Jobs Hartz IV-Leistungen erhalten, abermals gestiegen, allerdings nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor.

Die Betroffenen arbeiten vor allem in der Gastronomie, im Handel, im Gesundheits- und Sozialwesen oder als Leiharbeiter. Wird hier etwa Lohndumping vom Staat aufgefangen und zugleich gefördert? Betroffen sind einerseits Beschäftigte mit normalen Stundenlöhnen, die jedoch nur noch teilzeitbeschäftigt sind oder einen Zweitjob benötigen, um eine große Familie zu ernähren.

Die Anzahl der Menschen in Deutschland, die im Niedriglohnbereich arbeiten, hat zwischen 1995 und 2007 um knapp 50% zugenommen. Damit ist Deutschland Spitzenreiter in der Eurozone.

In Baden-Württemberg liegt die Zahl der zusätzlich HilfsempfängerInnen unter dem Bundesdurchschnitt. Im September 2009 gab es 87 000 erwerbstätige Hartz IV Bezieher, darunter rund 20 000 Vollzeitbeschäftigte und 45 000 Minijobber.

Im Bereich der Arbeitsagentur Stuttgart liegt die Anzahl jener Menschen, die ohne Arbeit sind, sich aber in einer Maßnahme befinden oder Zuschüsse von der Agentur bzw. dem Jobcenter erhalten und zu ihrem Arbeitslohn Hilfe zur Deckung des Lebensunterhalts benötigen, mit 8,2% merklich über der Arbeitslosenquote von 5,6% im Monat Mai.



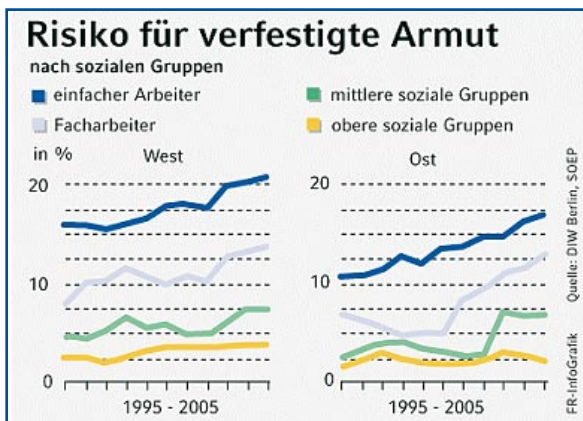
„Das Wort Jesu, dass ein Arbeiter seines täglichen Lohnes wert sei, hat in unserer Gesellschaft ganz neu an Bedeutung gewonnen. Menschen werden nicht mehr fest angestellt. Als Zeit- und Leiharbeiter arbeiten sie zu Dumpinglöhnen. Ihres Lohnes scheinen sie nicht mehr wert zu sein.“
Prälat Dr. Christian Rose, Reutlingen

„Ein Ghetto, aus dem man schwer herauskommt“

110.000 Menschen im Land arbeiten als Minijobber. Das sind ein Drittel aller Beschäftigten. Sie arbeiten im Gesundheitswesen/Rettungsdienste, Reinigungsge- werbe, im Einzelhandel, bei privaten Postdienstleistern und im Gaststättenbereich. Dort liegt in der Region Stuttgart die Quote bei knapp 50%.

Die Austrägerin eines privaten Postzustellers, der Eigenbetrieb eines Zeitungsverlages ist, bekommt 10 Euro pauschal, 2 Stunden sind kalkuliert, allerdings ohne Sortierung und Abholung und unabhängig, wie viel Post es ist und wie weit die einzelnen Briefkästen auseinander liegen. Leben kann davon keiner, erzählt sie, aber was willst du machen.

Leiharbeiter, die zunehmend auch im Pflegebereich zum Einsatz kommen, erhalten bis zu einem Viertel weniger Gehalt. Entgegen der These, die Leiharbeit ermögliche einen Klebeeffekt und diene als Brücke zur Festan- stellung, ergaben Nachforschungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dass gerade mal 7% den Wechsel in die Stammbesellschaft schaffen. Die zumeist jungen männlichen Leiharbeiter (1/3 sind Frauen) sind nur selten mehr als drei Monate an einem Leiharbeitsplatz und dies für 20 bis 25% weniger Lohn. Prekäre, unsichere und existenzbedrohliche Arbeit sind kein Übergangsstadium sondern bleiben „ein Ghetto, aus dem man schwer herauskommt“ (Ulrich Walwei, IAB)



Das Armutsrisiko für einfache wie für Facharbeiter und mittlere soziale Gruppen hat seit Mitte der Neunziger Jahre kontinuierlich – zum Teil dramatisch – zugenommen.

„Die untersten zehn Prozent, also die Menschen mit den niedrigsten Einkünften, haben zwischen 2000 und 2007 zehn Prozent ihres Realeinkommens verloren.“
 Markus Grabka, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW)

Beispiel: Einzelhandel

Der Einzelhandel ist mit 1,2 Millionen Niedriglohnbeschäftigten inzwi- schen die größte Niedriglohnbranche in Deutschland. Rund 300.000 der im Einzelhandel Beschäftigten arbeiten sogar für einen Bruttostun- denlohn von weniger als 5 Euro. Hier arbeiten ca. 2,5 Millionen meist weibliche Beschäftigte. Nur noch jedes zweite Beschäftigungsverhältnis ist eine Vollzeitstelle. Die meist geringfügig Beschäftigten sind nicht tarifgerecht eingruppiert. Im Jahr 2000 hat die Arbeitgeberseite die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge gekündigt. Durch die Konzentrationsprozesse insbesondere im Lebensmittelhandel, wo fünf Unternehmen drei Viertel des gesamten Umsatzes unter sich aufteilen, steigt auch der Druck auf die Produzenten, möglichst billig zu produzieren.

Von einem auf den anderen Tag hieß es für Margit: Nur noch 6,50 Euro Lohn. Tags zuvor war es noch etwa das Doppelte. Die Arbeit blieb die gleiche, am gleichen Platz, im gleichen Raum. Aber eben unter dem neuen Namen einer eigens gegründeten Leiharbeitsfirma. Gleiche Arbeit, weniger Lohn, der nicht zum Leben reicht. Arm trotz Arbeit. Margit konnte es nicht fassen. „Davon kann ich doch nicht leben“.



Im Einzelhandel und im Dienstleistungsbereich hat die Prekarisierung von Arbeit signifikant zugenommen. Das gibt Anlass bei ver.di – der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Beschäftigten in diesen Branchen – nachzufragen:

Das Problem „Arm trotz Arbeit“ hat sich in den letzten Jahren vor allem im Dienstleistungs- und Einzelhandelsbereich stark ausgebreitet. Was heißt das aus Ihrer Erfahrung konkret für die Beschäftigten?



Leni Breyemeier, Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di im Bezirk Baden-Württemberg. Mitglied im Kuratorium der Evangelischen Akademie Bad Boll

Im Dienstleistungsbereich gibt es kaum noch Vollzeitarbeitsplätze. Die Menschen arbeiten immer mehr in Teilzeit, auf 400 Euro Basis, auf Abruf. Selbst da, wo noch anständige Stundenlöhne gezahlt werden, reicht das Geld deshalb oft nicht zum Leben, müssen die Betroffenen aufstockende Leistungen beziehen. Planungssicherheit ist keine da, kurzfristig nicht und schon gar nicht langfristig mit Blick auf die eigene Rente.

In welchen Läden und bei welchen Dienstleistungen können Kunden/Bürgerinnen davon ausgehen, dass die Beschäftigten dort von ihrem Lohn nicht leben können?

Im gesamten Dienstleistungsbereich können wir mittlerweile davon ausgehen, dass bei den Beschäftigten, die für uns als Kunden sichtbar sind, der Lohn für ein anständiges Leben nicht mehr reicht. Gibt es Betriebsräte kann dies ein Indikator für ordentlichere Bedingungen sein. Wir müssen uns als Kundinnen und Kunden aber auch selbst fragen, warum wir bereit sind, für ein Auto sehr viel Geld auszugeben, beim Friseurbesuch aber nicht. Die zentrale Frage lautet: Was ist uns die Arbeit von Menschen am Menschen wert? Hier muss sich etwas in unserem Bewusstsein ändern.

Weshalb konnten die Gewerkschaften diese Entwicklung nicht aufhalten?

Die Hartz-Gesetze stellen eine klare Zäsur dar. Seitdem gilt: Nahezu jeder Lohn und jede Arbeit sind zumutbar. Wir Gewerkschaften waren aber im Dienstleistungsbereich nie wirklich stark. Dafür hatten wir aber, wie zum Beispiel im Einzelhandel, jahrzehntelang allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge. Jede Verkäuferin in jedem Geschäft hat das selbe verdient und der Preiskampf tobte nicht wie heute auf dem Rücken des Personals; hier meine ich ausdrücklich auch die Beschäftigten bei den Zulieferern. Grundsätzlich gilt: Je mehr die Menschen in Teilzeit arbeiten, je weniger sie im Betrieb anwesend sind, je weniger sie sich in Kantinen und Aufenthaltsräumen begegnen, je umsatzorientierter die Arbeitszeiten sind, desto schwieriger ist es für uns Gewerkschaften, sie zu erreichen.

Gab es in der letzten Zeit dennoch Erfolge und wie sind diese gelungen?

Bei Schlecker haben wir vor wenigen Wochen einen Erfolg feiern können, in dem wir dort einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Dafür brauchten wir einen sehr, sehr langen Atem. Wir reden hier von Jahrzehnten. Für solche Erfolge

brauchen wir neben diesem langen Atem auch Bündnispartner und Bündnispartnerinnen wie die Kirchen, mit denen wir Missstände öffentlich machen und so den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen können.

Des Weiteren ist es uns gelungen, den gesetzlichen Mindestlohn zu einem Thema zu machen, hinter dem längst eine breite Mehrheit der Bevölkerung steht, auch bis tief in die Wählerschaft der FDP hinein.

Wie können sich Christenmenschen, Bürgerinnen und Bürger, mit ihrem Engagement für gute Arbeit und gutes Leben einbringen oder solidarisieren?

Wir sollten immer daran denken, dass wir einen Euro nur einmal ausgeben können, dass wir deshalb genau überlegen, wo wir unser Geld ausgeben. Politik mit dem Einkaufskorb ist hier das Stichwort. Wir Kunden und Kundinnen haben sehr wohl Macht, die wir auch öfter zeigen können, sei es durch Briefe, Diskussionen, gezielt in bestimmten Läden einkaufen, Produkte nicht nur nach dem Preis auswählen oder sei es, dass wir nicht spät abends oder Samstag nachmittags einkaufen gehen.

Welches politische bzw. tarifpolitische Ziel strebt ver.di in den nächsten Monaten an?

Das wichtigste Ziel für die kommenden Wochen und Monate ist es, das Sparpaket der Bundesregierung zu verhindern. Wir wollen, dass die Verursacher dieser Krise auch die Folgen zahlen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kommunen handlungsfähig bleiben. Wir wollen die Rente mit 67 und die Kopfpauschale verhindern und nicht zuletzt, endlich einen gesetzlichen Mindestlohn für alle.

Biblisch- sozialethische Betrachtung

Wie die Arbeit zum Menschen gehört, wie das Fliegen zum Vogel, wie Martin Luther angeblich sagte, so hat jeder Mensch auch seine Würde und jede Arbeit ihren Preis. Das belegt der biblische Befund:

Existenzsicherung und die Anerkennung geleisteter, menschlicher Arbeit gehören für eine biblische Sozialethik zu den fundamentalen sozialrechtlichen Rahmenbedingungen einer gerechten Gesellschaft. Die Angaben der Bibel über monetäre Entlohnung orientieren sich daran, dass man von der Arbeit leben können muss. Das 5. Buch Mose nimmt das prophetische Einlagen der Gerechtigkeit auf und beschreibt das Verhältnis von göttlichem Segen, menschlicher Arbeit und sozialem Verhalten (Dtn. 15, 1-11). Im Anschluss an die Regelung des Zehnten heißt es: Sie sollen kommen und sich „sättigen, auf dass dich der Herr, dein Gott, segne in allen Werken deiner Hand, die du tust“ (Dtn. 14, 29). Die Segnung der Arbeit und ihres Erfolgs soll sich darin erweisen, dass der Mehrwert denen zugute kommt, die weniger haben. Auch diejenigen sollen materiell abgesichert werden, die über Schuldklaverei in ein abhängiges, unentgeltliches Arbeitsverhältnis geraten und bei ihrer Entlassung ein Überbrückungsgeld erhalten. Hier wird für den Tagelöhner auch ein existenzsichernder Mindestlohn und eine pünktliche Auszahlung festgelegt (Lev. 19,13; Dtn. 24,14 f).

Dies bildet die Grundlage für die Warnung Jeremias: „Wehe dem, der seinen Nächsten umsonst arbeiten lässt und gibt ihm seinen Lohn nicht“ (22,13).

Zur Zeit Jesu war die Gesellschaft von einer immer stärkeren Verarmung und Verelendung betroffen. Menschen arbeiteten oft in der Landwirtschaft, abhängig beschäftigt als Tagelöhner oder Pächter. „Hungrig und nackt“ ist eine wiederkehrende Formel. Die Sorge um das „tägliche Brot“ war allgegen-

wärtig. Die Brotbitte im Vater-unsere unterstreicht die existentielle Sorge des „geschundenen Volk(es)“ und seine soziale und wirtschaftliche Wirklichkeit, sowohl bei denen, die Arbeit haben, als auch bei denen, die sich Arbeit suchend als Tagelöhner verdienen mussten.

Der Grundsatz, dass jede Arbeit ihres Lohnes wert ist und dass jeder ein auskömmliches Einkommen benötigt, wird im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Math. 20, 1-16) untermauert und ist damit bis heute der biblisch-sozialethische Maßstab. In diesem Sinne fordert Jesus die sich um ihr tägliches Auskommen sorgenden Menschen auf: „Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit“ (Math. 6,33).“

Damit Arbeit wieder gewürdigt und Existenz sichernd entlohnt wird:

Die Einführung von Tariflöhnen, die Abschaffung von Leiharbeit und die Einführung von weiteren verbindlichen Regelungen zum Schutz der Beschäftigten bei der Ehninger Firma Schlecker ist sowohl dem Engagement der Beschäftigten, der Veröffentlichung der Skandale, den Gewerkschaften und letztlich dem kritischen, ethisch verantwortlichen Handeln der Verbraucher zu verdanken. Eine Ermutigung die zeigt, was möglich ist. Eine Ermutigung zu zivilgesellschaftlichem Handeln von Kirchen:

Mögliche erste und weitere Schritte:

- Das Thema „Arm trotz Arbeit“ auf die Agenda setzen
- Einen Leitfaden für eine sozial verantwortliche Beschaffung in Auftrag geben.
- Als Kirchengemeinde / kirchliche Verwaltung sozial verantwortlich einkaufen
Bei Händlern und in Läden nach Einhaltung von Mindestlöhnen oder Tarifbindung fragen
- Menschen in der Arbeitswelt aufsuchen und auf ihre Arbeitsbedingungen ansprechen
- Räume öffnen und Orte des Zuhörens und der Solidarisierung schaffen:
Für die Ängste, die Scham und die Verunsicherung von Menschen, die in ihrer Existenznot jegliche Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne akzeptieren.
- Thematische Veranstaltungen und Gottesdienste mit Akteuren gestalten.
- Menschen ermutigen und solidarisch in ihrem Einsatz für eine faire und menschenwürdige Entlohnung begleiten
- Bündnisse schließen und Kampagnen für gute Arbeit und gutes Leben durchführen und stützen
- Öffentlich für Mindestlöhne eintreten.



**Jens Junginger**

Wirtschafts- und Sozialpfarrer
Federnseestr. 4
72764 Reutlingen
Tel.: 07121 161771
Fax: 07121 411455
E-Mail: jens.junginger@ev-akademie-boll.de
Sekretariat: Petra Randecker
Tel.: 07121 161771
E-Mail: petra.randecker@ev-akademie-boll.de

**Esther Kuhn-Luz**

Wirtschafts- und Sozialpfarrerin
Büchsenstraße 37/1 (Eingang CVJM-Haus)
70174 Stuttgart
Tel.: 0711 2068-260
Fax: 0711 2068-345
E-Mail: esther.kuhn-luz@ev-akademie-boll.de
Sekretariat: Simon Lademann
Tel.: 0711 2068-261
E-Mail: simon.lademann@ev-akademie-boll.de

**Martin Schwarz**

Wirtschafts- und Sozialpfarrer
Grüner Hof 1
89073 Ulm
Tel.: 0731 1538-571
Fax: 0731 1538-572
E-Mail: martin.schwarz@ev-akademie-boll.de
Sekretariat: Eliane Bueno Marcondes Dörfer
Tel.: 0731 / 1538-570
E-Mail: eliane.doerfer@ev-akademie-boll.de

KDA Heilbronn**NN**

Gutenbergstr. 76
74074 Heilbronn
Tel.: 07131 98233-0
Fax: 07131 9823323
Sekretariat: Ingrid Brokelmann
Tel.: 07131 98233-11
E-Mail: ingrid.brokelmann@ev-akademie-boll.de

www.kda-wue.de

Redaktion:
Jens Junginger
Gestaltung:
WA Waiblinger, Tübingen
Fotos:
Matthias Kohler, Rietheim,
Reinhard Ailf, Dortmund
Druckerei: Mediendesign
Späth GmbH, Birenbach
2010